

## AfD grenzt sich von Pegida ab

### Verkauf von Goldmünzen umstritten

Die islamkritische Bewegung Pegida wird innerhalb des nächsten Jahres massiv an Bedeutung verlieren. Davon geht AfD-Bundessprecher Bernd Lucke aus. Zum Abschluss des Parteitags in Bremen begrüßte er die Forderung der neuen griechischen Regierung nach einem Schuldenschnitt.

VON HANS-ULRICH BRANDT

Bremen. Vor den Landtagswahlen in Hamburg und Bremen hat die Alternative für Deutschland (AfD) ihre Führungsstrukturen gestrafft. Damit zieht sie die Konsequenz aus den Machtkämpfen der vergangenen Monate. Gewinner der neuen Satzung, die beim Parteitag in Bremen mit knapper Zwei-Drittel-Mehrheit beschlossen wurde, ist Bernd Lucke. Der AfD-Sprecher kann im Dezember alleiniger Chef werden, seine Kandidatur ließ Lucke aber auch gestern noch offen.

In einem Interview mit der „Neuen Osnabrücker Zeitung“ sagte Lucke zur Spaltung der Pegida-Bewegung: „Es ist deren Problem, wenn sie sich zerlegen. Wir zerlegen uns nicht.“ Auch inhaltlich grenzte Lucke die AfD von Pegida ab: Er sehe Zuwanderung, Migration und Integration „nur als eines von mehreren wichtigen Themen“ für die AfD an. Auf die Frage, ob es Pegida in einem Jahr noch geben werde, sagte er: „Ich glaube eher nicht.“

Den Bundestagparteitag beendete Lucke mit einem Appell an alle AfD-Mitglieder, Extremismus und Fremden- und Islamfeindlichkeit nicht das Wort zu reden. Bestimmte Grenzen in der Partei dürften nicht überschritten werden. Auch müsse es gegenseitigen Respekt geben.

Zudem unterstützte Lucke die Forderung der neuen griechischen Regierung nach einem Schuldenschnitt. Daran führe „kein Weg vorbei“. Die europäischen Finanzhilfen an Griechenland seien ohnehin „zum größten Teil verloren“. Die AfD fordere aber, den Schuldenschnitt mit dem Austritt Griechenlands aus der Währungsunion zu verbinden. Lucke äußerte Respekt für den griechischen Ministerpräsidenten Alexis Tsipras. „Ich bin sehr dankbar, dass er mal aufgestanden ist und diesen Leuten in der EU gezeigt hat, dass es so einfach nicht geht.“ Wenn Tsipras allerdings für seine Politik auf weitere EU-Hilfe hoffe, müsse Deutschland ihm klarmachen, „dass es so wiederum auch nicht geht“.

Für Aufregung sorgte der Verkauf von Gold auf dem AfD-Parteitag. Den Mitgliedern wurden Goldstücke mit den Autogrammen ihrer Parteisprecher angeboten. Die AfD betreibt seit vergangener Jahr einen Online-Goldshop. Der Goldverkauf war von den Bundestagsparteien scharf kritisiert worden, weil die AfD den Umsatz nutzt, um ihre Einnahmen zu steigern.

Unterdessen schließt die Polizei nicht aus, dass eine Attacke auf ein Polizeirevier im Steintor am Samstagabend im Zusammenhang mit dem Polizeieinsatz zum Schutz des AfD-Parteitags steht. Mehrere Scheiben wurden dabei eingeworfen. Eine Zeugin hatte gegen 21.30 Uhr eine Gruppe von 25 bis 30 Personen gesehen, die auf dem Weg zum Polizeirevier in der Hoyaer Straße war. Alle waren schwarz gekleidet und mit Tüchern oder Sturmhäben verumhüllt. Die Abteilung des Staatsschutzes der Bremer Polizei ermittelt.

Betrachtung, Kommentar Seite 2-Berichte Seite 3

## Di Santo trifft doppelt



Ätsch – so wird's gemacht: Franco Di Santo nach seinem zweiten Tor für Werder. FOTO: IMAGO

Bremen. Doppel-Torschütze Franco di Santo hat Werder Bremen zum Rückrunden-Start Luft im Abstiegskampf verschafft und die Lage von Hertha BSC verschärft. Der Argentinier schoss das Team von Trainer Viktor Skripnik gestern mit seinen Saisontreffern sieben und acht (43. Minute/69.) zum 2:0 (1:0)-Heimsieg gegen erschreckend schwache Berliner.

Dank des vierten Erfolgs im fünften Heimspiel verbesserten sich die Bremer auf Tabellenplatz zwölf der Bundesliga. Dagegen werden die Sorgen der Hertha, die auf Rang 15 abrutschte, immer größer. Die TSG 1899 Hoffenheim, auf die Werder am kommenden Mittwoch trifft, unterlag unterdessen dem FC Augsburg mit 1:3. Berichte Seiten 19 und 20

## Wohnungen für 6000 Neu-Bremer

Bremen. „Aktualisierung und Fortschreibung der Wohnungsmarktprognosen bis 2030 für die Hansestadt Bremen“ lautet etwas sperrig der Titel eines Berichts, den das Beratungs- und Forschungsinstitut Gewos vorgelegt hat – und er dürfte für Diskussionen in der Koalition sorgen. Wenn Bremen bis 2030 alle Möglichkeiten ausschöpfe, könnten bis zu 6000 Einwohner angelockt werden, heißt es. Voraussetzung sei, dass sich Bremen frühzeitig darauf einstelle und genügend Wohnungen gebaut werden. Nach Ansicht des Baudeputationsprechers Jürgen Pohlmann (SPD) müsse auch erwohnen werden, Teile der Osterholzer Feldmark in die Planung einzubeziehen – ein Thema, das immer wieder zu heftigen Kontroversen geführt hat. Bericht Seite 9

## Großbrand in Recyclinghof

Wilhelmshaven (mwe). Ein Großbrand auf dem Gelände eines Recyclinghofes in Wilhelmshaven hat die Feuerwehr zwölf Stunden lang in Atem gehalten. Erst gestern Morgen brachten die 120 Feuerwehrlaute den Brand bis auf einige Glutnester unter Kontrolle. Aus bislang ungeklärter Ursache war ein zehn Meter hoher Stapel mit alten Kühlschränken und Altmetalteilen in Brand geraten. Für Aufregung sorgten starker Rauch und nach Chemie riechende Dämpfe, die sich über Teile Wilhelmshavens legten und noch im mehr als 30 Kilometer entfernten Bremerhaven für Polizeieinsätze sorgten. Nach Angaben der Feuerwehr bestand für die Bevölkerung keine Gesundheitsgefährdung. Der Schaden wird auf 150.000 Euro geschätzt. Bericht Seite 11

## Juncker rüttelt an der Troika

Düsseldorf. EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker plant einem Zeitungsbericht zufolge, die Griechenland-Troika abzuschießen. Das Gremium aus Vertretern der Europäischen Zentralbank (EZB), des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der EU-Kommission solle nicht mehr nach Athen reisen, berichtete das „Handelsblatt“. „Wir müssen jetzt schnell eine Alternative dafür finden“, zitierte das Blatt aus Kreisen der EU-Kommission. Der neue griechische Finanzminister Giannis Varoufakis hatte am Freitag die Zusammenarbeit mit den in seinem Land ungeliebten Kontrolleuren der Gläubiger aufgekündigt.

Zu einer Reform der Troika ist nach Informationen des „Handelsblatts“ im Prinzip die Bundesregierung bereit. Auf die Kontrollbesuche in Athen ließe sich eventuell verzichten, an ihrer Stelle könnten Griechenland nur noch allgemeinere wirtschaftspolitische Ziele gesetzt werden, hieß es demnach in Regierungskreisen. Möglich sei dieses Zugeständnis allerdings erst, wenn sich die neue griechische Regierung grundsätzlich zum bisher vereinbarten Spar- und Reformkurs bekenne.

## Frankreich siegt bei Handball-WM

Doha. Frankreich ist zum fünften Mal Handball-Weltmeister. Der Olympiasieger gewann gestern in Doha das WM-Finale gegen Gastgeber Katar 25:22 (14:11). Damit ist Frankreich zum zweiten Mal gleichzeitig Welt- und Europameister sowie Olympiasieger. Katar gewann als erstes nichteuropäisches Team eine WM-Medaille. Die Weltwahl der Gastgeber war spätestens seit dem Durchmarsch durch die K.o.-Spiele argwöhnisch beäugt worden. Zum einen wegen seltsamer Schiedsrichterpflichten, zum anderen wegen ihrer durchscheinbar unendliche finanzielle Möglichkeiten beförderte Einbürgerungspolitik. Bericht und Kommentar Seite 21

## Bürger kriegen mehr Macht

### Niedersachsens Innenminister will Hürden für Beteiligungen senken

VON PETER MLODOCH

Hannover. Bürgerbegehren sollen in niedersächsischen Kommunen leichter werden. Innenminister Boris Pistorius (SPD) will nach Informationen des WESER KURIER die Zehn-Prozent-Hürde für die notwendigen Unterschriften in Städten mit mehr als 100.000 Einwohnern absenken; in Hannover und Braunschweig sollen es dann nur noch fünf Prozent sein. Für die Zustimmung zu einem Bürgerentscheid, der für die Verwaltung bindend ist, ist danach künftig nur noch ein „Ja“ von 20 Prozent der Wahlberechtigten erforderlich. Bislang liegt diese Grenze bei 25 Prozent.

Außerdem soll das Hindernis eines Kostendeckungsvorschlags entfallen. Fast die Hälfte aller Bürgerbegehren in Niedersachsen scheitert an dem Erfordernis, alternative Finanzkonzepte vorlegen zu müssen. Über die Bauleitplanung, also etwa über Windparks oder Wohngebiete, sollen die Bürger aber auch künftig nicht mitbestimmen dürfen.

Dem grünen Koalitionspartner und dem Verein „Mehr Demokratie“ gehen daher die Pläne von Pistorius nicht weit genug. Die kommunalen Spitzenverbände warnen dagegen vor einer Entmachtung der Räte und zu hohen Kosten.

Kommentar Seite 2-Bericht Seite 12

## Entsetzen über IS-Mord an japanischer Geisel

Tokio. Mit Entsetzen hat die Welt auf die Enthauptung einer zweiten japanischen Geisel durch die Dschihadistenmiliz Islamischer Staat (IS) reagiert. Japans Regierungschef Shinzo Abe, US-Präsident Barack Obama sowie die Regierungen in Berlin, London und Paris verurteilten die „abscheuliche“ Tat. Zuvor hatte IS im Internet ein Video von der Ermordung des Journalisten Kenji Goto veröffentlicht.

In dem Video ist der 47-jährige Kriegsreporter kniend in orangefarbener Kleidung zu sehen. Ein maskierter, mit einem Messer bewaffneter Mann steht neben der Geisel und macht die japanische Regierung direkt für den Tod des Journalisten verantwortlich. Gleichzeitig droht er, die Tötungen seien nur der Beginn eines „Albtraums“ für Japan. Der Maskierte spricht mit kritischem Akzent und scheint bereits in anderen Hinrichtungsvideos des IS aufgetreten zu sein.

Goto war im vergangenen Oktober in Syrien verschleppt worden, wo er nach seinem entführten Freund Haruna Yukawa suchen wollte. Wenige Wochen zuvor hatten er und



Kenji Goto in einem Video der Entführer. Der Japaner war erst vor kurzem zum zweiten Mal Vater geworden. FOTO: AFP

seine Frau Rinko ihr zweites Kind bekommen. Yukawa war vor wenigen Tagen vom IS ermordet worden. Zuvor war ein Ultimatum an die japanische Regierung zu einer Lö-

segeldzahlung in Höhe von 177 Millionen Euro ausgelaufen. Denselben Betrag hat Japan für humanitäre Hilfe für Länder in der Region bereitgestellt, die Flüchtlinge aus Syrien und dem Irak aufgenommen haben.

Abe verurteilte die „abscheuliche und verachtenswerte“ Tat scharf. Japan werde sich den Terroristen niemals beugen und in Zusammenarbeit mit der internationalen Gemeinschaft dafür sorgen, dass sie zur Rechenschaft gezogen würden, sagte der sichtlich erschütterte Regierungschef. Er kündigte an, die humanitäre Hilfe für den Nahen Osten weiter zu erhöhen. Gotos Mutter Junko Ishido rang vor Journalisten in Tokio um Fassung. „Mir fehlen die Worte, um zu beschreiben, was ich empfinde“, sagte sie. Auch US-Präsident Barack Obama verurteilte die „abscheuliche Ermordung“ der japanischen Geisel. Goto habe als Kriegsreporter in Syrien mutig über das Leid der dortigen Bevölkerung berichtet. Ein Sprecher von UN-Generalsekretär Ban Ki Moon erklärte, die „barbarische Tat“ stehe für die Gewalt, der so viele Menschen im Irak und Syrien ausgesetzt seien.

Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU), erklärte, für die „abscheuliche, menschenverachtende Tat“ gebe es keinerlei Rechtfertigung. Der britische Premierminister David Cameron sieht in dem Mord einen weiteren Beleg dafür, dass die IS-Miliz „die Verkörperung des Bösen ist“. Auch Frankreichs Staatschef François Hollande verurteilte die Tat.

Der IS hatte mit der Tötung Gotos und des jordanischen Piloten Maas al-Kassabeh gedroht, sollte die Regierung in Amman nicht bis Donnerstagabend die inhaftierte irakische Dschihadistin Sadschida al-Rischawi freilassen. Der Pilot wurde in dem am Samstagabend verbreiteten Video allerdings nicht erwähnt. Amman hatte als Bedingung für die Freilassung der Irakerin ein Lebenszeichen al-Kassabehs verlangt. Regierungssprecher Mohammed al-Momeni versprach gestern, die Regierung werde „alles tun“, um das Leben des seit Dezember verschleppten Piloten zu retten und ihn freizubekommen. Dessen Vater Safi Kassabeh machte die Regierung für das Schicksal seines Sohnes verantwortlich.

### INHALT

|                        |    |
|------------------------|----|
| Familienanzeigen       | 11 |
| Fernsehen              | 18 |
| Gesundheit             | 24 |
| Lesermeinung           | 4  |
| Rätsel & Roman         | 15 |
| Veranstaltungsanzeigen | 16 |
| Verbraucher            | 14 |

H 7166 • 28189 BREMEN



### POLITIK

#### Oppositionschef unter Verdacht

Skopje. Beim EU-Beitrittskandidaten Mazedonien hat sich der monatelange Richtungsstreit zwischen Regierung und Opposition dramatisch verschärft. Regierungschef Nikola Gruevski warf dem Oppositionsführer Zoran Zaev (Foto) vor, einen Staatsstreich vorbereitet zu haben. Der wies alle Beschuldigungen zurück und behauptete seinerseits, Gruevski sei in „verfassungswidrige Aktivitäten“ verstrickt. Seiten 2 und 4



### KULTUR

#### Bremer „Figaro“ überrascht

Bremen. In der Inszenierung des Schauspielregisseurs Felix Rothenhäusler hat Wolfgang Amadeus Mozarts Oper „Le Nozze di Figaro“ Premiere am Theater am Goetheplatz gefeiert. Das schlägt sich deutlich in der Produktion nieder: Die Sänger verstellen zugunsten des gestischen Ausdrucks ihre Stimmen stärker als üblich. Zudem verzichtet Rothenhäusler auf eine lineare Erzählung der komplexen Fabel. Seite 17



### SPORT

#### Djokovic gewinnt in Australien

Melbourne. Er ist der beste Hartplatzspieler der Gegenwart: Novak Djokovic hat als erster Tennisspieler der Profi-Geschichte zum fünften Mal die Australian Open gewonnen. Der von Boris Becker trainierte Serbe schlug gestern im hochklassigen Finale vor 15.000 Zuschauern in der Rod-Laver-Arena den Schotten Andy Murray in vier Sätzen und 3:39 Stunden. Im letzten Satz überrollte er seinen Gegner mit einem 6:0. Seite 20



### WETTER



Wochenstart mit Schauern  
Ein Tief über der Ostsee sorgt in Mitteleuropa zum Wochenstart für einen Nachschub an Kaltluft mit Schneeschauern.

Das ausführliche Wetter finden Sie auf Seite 6 und jederzeit aktuell auf dem Online-Portal des WESER-KURIER unter:

www.weser-kurier.de/wetterkontor/aktuell